

Vom Zerfallen

Kaum war die österreichisch-ungarische Monarchie untergegangen – nein, sie ist ja gar nicht untergegangen, sondern in einem verheerenden Krieg auseinandergebrochen –, begannen ihre schärfsten Kritiker ihr die schönsten Nekrologe zu schreiben. Jahrzehntlang war von Böhmen bis ans Schwarze Meer die stampfende Propaganda marschiert, die Monarchie wäre ein einziger Völkerkerker, den es aufzusprengen gälte, damit all die Tschechen und Slowaken, die Polen und Ukrainer, die Slowenen und Kroaten endlich die Freiheit sehen und ihre eigenen nationalen wie demokratischen Staatswesen gründen könnten. Danach las und hörte man es bald anders, und je weniger die neuen Nationalstaaten in Wahrheit zuwege brachten, umso inniger wuchs die Sehnsucht nach jenem europäischen Reich, dessen Mythos in Romanen, Opern, Filmen, Erinnerungen beschworen wurde. Nie aber stand die übernationale Monarchie in höherem Ansehen als heute, da ihr von manchen Historikern, aus Großbritannien, Australien, Deutschland, sogar attestiert wird, dass sie, wenn auch nicht schuldlos an seinem Ausbruch, so jedenfalls nicht hauptverantwortlich war für den Ersten Weltkrieg. Man sollte es nicht übertreiben und die gar nicht milde Herrschaft der Habsburger verklären, als wäre jenes soziale Europa des Friedens und der Vielfalt, des fortwährenden kulturellen Austauschs über die nationalen Grenzen hinaus von ihr bereits verwirklicht oder überhaupt angestrebt worden.

Gleichwohl, betrachtet man die verzweifelten Kämpfe um soziale Entwicklung, Rechtssicherheit, Demokratie, die in den aus der Monarchie herausgebrochenen Nationalstaaten oft erfolglos geführt wurden, ist die Frage naheliegend, ob das Vielvölkerreich tatsächlich prinzipiell unreformierbar war oder ob jene, die seinen Zerfall betrieben, dafür sorgten, dass es zu den nötigen Reformen erst gar nicht gekommen ist.

Die Nationen waren 1918 aus ihrem gemeinsamen Reich ausgebrochen, 1945 versuchten einige von ihnen am Balkan ein anderes übernationales Staatswesen zu errichten. Die Verwandtschaft der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien mit der österreichisch-ungarischen Monarchie ist nicht gerade eng, aber doch unübersehbar. Der Staat der Südslawen wurde aus sechs Republiken samt zwei autonomen Provinzen gebildet und hatte eine Art von nationaler Vielfalt in staatlicher und ideologischer Einheit zum Programm. Er hat in seinen letzten Jahren an gravierenden ökonomischen Problemen gelitten, aber von Anfang an auch damit zu kämpfen gehabt, dass der Egoismus der Teilrepubliken das fragile Gleichgewicht der Nationen stetig bedrohte und den gemeinsamen Staat vor ein Dilemma setzte: Versuchte er die Einheit zu stärken, neigte er zwangsläufig zu einer Art von Verordnungsdespotie, beließ er den einzelnen Republiken hingegen ihre Rechte, neigten sie dazu, diese exzessiv auszuleben und auszuleben und so, einig in ihrer

LITERATUR UND KRITIK

Uneinigkeit, den gemeinsamen Staat zu schwächen. Wenn die Alternative aber heißt: Diktatur oder Zerfall, dann ist die schön ausgedachte Historie bereits dabei, ihre schlimmstmögliche Wendung zu nehmen. Am Ende waren in Jugoslawien alle der Auffassung, in einem »Völkerkerker« zu leben, der aufgesprengt werden müsse, damit sich die Nationen endlich frei entfalten und zu jener Souveränität zurückfinden könnten, die sie übrigens niemals besessen haben. Die Propaganda, die dem Krieg da wie dort vorausging, bestätigte die Angehörigen der jeweiligen Nationen in dem identitätsstiftenden Selbstbetrug, dass exklusiv sie selbst es wären, die von den anderen ausgenutzt und ausgebeutet, übervorteilt und überstimmt würden und es daher Zeit sei, die eigene Sache in die eigenen Hände zu nehmen, und sei es, um sich diese für die gerechte Sache blutig zu machen.

Kommt einem bekannt vor, oder? Die Kritik an einem ominösen Moloch der Bürokratie namens Brüssel, ja, an der Europäischen Union ist in sämtlichen Mitgliedsstaaten so populär geworden, als hätten das Parlament in Brüssel und die Union selbst mit diesen rein gar nichts zu tun; abgesehen davon natürlich, dass Brüssel unentwegt schändliche Direktiven erlässt und die Union in wichtigen Fragen nichts zustande bringt. Hört man, mit welcher opportunistischer Verlogenheit Politiker aus ganz Europa die Schuld an allem, was ihnen selbst missrät, auf Brüssel schieben – wo doch ihre eigenen Parteimitglieder in Parlament und Kommission sitzen und mitentscheiden –, dann weiß man, dass das alte Programm, die Zentrale zu schädigen, um aus ihrem Ver-

sagen Profit zu schlagen, immer noch gilt. Die am meisten dafür tun, dass Europa zu keiner gemeinsamen Flüchtlingspolitik komme, werfen der Union am lautesten vor, dass sie angesichts der Flüchtlingskrise versage. Die im eigenen Haus sozialstaatliche Standards abgebaut und soziale Errungenschaften für überholt erklärt haben, klagen darüber, dass die Union der Konzerne dem kleinen Mann keinen Schutz gewähre. Schurken wie David Cameron oder Boris Johnson haben ungeniert gezeigt, dass sie um die Zukunft der Europäischen Union zu pokern bereit sind, wenn nur Aussicht besteht, dass sich dabei für sie ein mieser kleiner innenpolitischer Erfolg ausgeht. Überall in Europa, nicht zuletzt in Österreich, gibt es Parteien, die bei diesem Spiel gerne mithasardieren möchten, und Parteipolitiker, die ihr Geschäft damit betreiben, sich als Anti-Politiker zu präsentieren, die es der politischen Klasse im fernen Brüssel schon zeigen werden. Die Europäische Union verdient Kritik aus vielerlei Gründen, aber immerhin, sie verdient sie, das heißt, sie ist es wert, dass man sie kritisch betrachte und zu verändern versuche. Es wäre unverantwortlich, Europa den neoliberalen Haudegen zu überlassen, die von europäischen Werten faselnd, wenn sie nichts als ihren Mehrwert meinen. Unverzeihlich aber wäre es, dabei zuzusehen, wie die Union von gesinnungslosen Ego-manen und nationalistischen Lumpen in Trümmer gelegt wird, sodass unsere Nachfahren dereinst in unseren zerknirschten Nekrologen davon lesen müssten, was wir verpatzt haben.

Karl-Markus Gauß